



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/179 - 6.8.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Aufreizende Widersprüche	S. 1
Papens Erinnerungen	S. 3
Kabinett Maier gefestigt	S. 5
<u>Anhang:</u> Schumacher-Interview im NWDR	

## T a t s ä c h l i c h e Gleichberechtigung

P.R. Man werfe der SPD vor, wohl kritisieren, aber keinen anderen Weg zu Europa hin aufzeigen zu können, als ihn die Bundesregierung mit ihren verschiedenen Verträgen beschränkt habe, lautete eine, in die Form einer Behauptung gekleidete Frage, die am Mittwoch abend in NWDR an den Vorsitzenden der SPD, Dr. Schumacher, gerichtet wurde. Sie berührt ein Kernproblem der Position, die heute die SPD in der deutschen und europäischen Politik einnimmt. Schumacher hat darauf mit dem Hinweis geantwortet, daß die SPD "auf der tatsächlichen Gleichberechtigung in europäischen Zusammenfassungen" bestehen müsse und damit den Weg seiner Partei nach Europa umrissen.

Die Bundesregierung stellt nun die Behauptung von der erreichten Gleichberechtigung auf, um damit für ihre Politik zu werben. Sie tut es wider besseres Wissen, die vertraglichen Bestimmungen beweisen das unwiderlegbar. Die ebenso imponierenden wie unverbindlichen Formeln der feierlichen Präambeln dieser Verträge schaffen dafür keinen Ausgleich. Die Frage, ob Deutschland Gleichberechtigung gewährt werden könne, ist also von den westlichen Alliierten zwar im Prinzip bejaht, in der Praxis aber verneint worden. Dies gilt für alle drei großen Verträge der letzten Zeit, die Montan-Union, den General-Vertrag und den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft.

Natürlich sieht das auch die Gegenseite. In persönlichen

Gesprächen, wohl auch in Verhandlungen, soweit sie hinter geschlossenen Türen geführt werden, spielt denn auch das Argument immer wieder eine besondere Rolle: Gut, es ist nicht die volle Gleichberechtigung. Aber Ihr Deutschen müßt schließlich einsehen, daß Ihr die Verlierer, vor allem aber die Anstifter dieses furchtbaren letzten Krieges seid. Das verlangt Opfer. - Als ob diese Opfer nicht von Deutschland in einem ungeheuren Umfang bereits gebracht worden sind - durch ein vor allem auf den Potsdamer Beschlüssen beruhendes millionenfaches Vertriebenen-Elend und die kaum zu tragende Last, ihm zu begegnen; durch furchtbare Zerstörungen in allen größeren Städten und Industrien, die bei den letzteren noch Jahre nach dem Ende der Kampfhandlungen systematisch fortbetrieben wurden; durch die Abspaltung von 18 Millionen Deutschen vom übrigen Volkskörper und die gigantische sowjetrussische Ausbeutung. Und dies alles sind gewiß nur die augenfälligsten Opfer.

Diese Tatsachen können von niemandem geleugnet werden. Die einzig mögliche Konsequenz aus ihnen und aus dem weiteren Umstand, daß der Feind von gestern der unentbehrliche Verbündete von heute und morgen sein soll, kann nur in der Zuerkennung der tatsächlichen, praktischen Gleichberechtigung liegen. In dieser besonderen Situation, die gewiß nicht ohne ihr Verschulden entstanden ist, bleibt es für die westlichen Alliierten eine schiefe Sache, in der Position des bevorrechteten Siegers auf grundsätzlichen und weitgehenden Vorbehalten zu bestehen und gleichzeitig mit moralischen Appellen zu arbeiten. Der gleiche Geist beherrscht auch ein Vertragssystem, welches die de facto-Kontrolle einer weiterhin gefesselten deutschen Leistungskraft vorwigen und durch deutsche Unterschrift für die Dauer rechtlich unanfechtbar machen soll. Dieses System wird "vorzüglich" und vor allem wird es "europäisch" genannt und niemand scheint sich der offenkundigen politischen Unsauberkeit zu schämen, die darin liegt. Es ist immer wieder unbegreiflich, wie die Bundesregierung ihre Hand zu diesem Spiel hergeben, ja es zu einem guten Teil in Gang setzen konnte.

Aber davon abgesehen ist es einfach töricht, von jemandem vorbehaltlosen Einsatz oder gar Begeisterung für eine gemeinssame Sache zu erwarten, bei der offensichtlich ist, daß die Risiken und Chancen, vor allem aber die entscheidenden Zuständigkeiten der einzelnen Teilnehmer ungleich, d.h. ungerecht verteilt sind. Darauf bezieht sich, was die SPD und ihr Vorsitzender, Kurt Schmoecker, mit ihrer Forderung nach tatsächlicher Gleichberechtigung meinen.

Herr von Papen wußte von nichts ...

Die zunächst in Englisch erscheinenden Memoiren Herrn von Papens haben im Ausland einiges Aufsehen erregt. Unser Londoner Korrespondent Benjamin CARR nimmt zu diesem Buch in betont persönlicher Form Stellung. Vielleicht wird es notwendig sein, auf den politischen Inhalt zurückzukommen, sobald die deutsche Ausgabe vorliegt (d.Red.).

Eigentlich hat mich die Lektüre der Memoiren des Herrn von Papen ziemlich enttäuscht. Zwar hatte ich erwartet, daß der "alte Fuchs", der Mann, der Hitler an die Macht brachte, um die Vorrechte seiner abgewirtschafteten Klasse zu retten, der im "feindlichen Ausland" als der schlaue Meisterspion beider Weltkriege gilt, daß dieser doch wohl immerhin kluge Mann sich mit dem (geschickt vorangezeigten) Buche weißzuwaschen versuchen würde, doch hatte ich erwartet, daß er dies mit einem überzeugenden Geschick tun würde, an dem man sich - von allem Politischen ganz abgesehen - wenigstens literarisch freuen könnte. Nichts von alledem. Allerdings versucht er nach Kräften sich weißzuwaschen - seine Absichten waren stets die allerbesten, größtenteils ist er hintergangen worden, alle, alle, von Hitler bis zurück zum Kaiser Wilhelm, Liman von Sanders, Falkenhayn, haben ihn getäuscht, von nichts hat er gewußt, sein Name ist Hase, immer wieder nur Hase: - aber überzeugend? geschickt? keine Spur! Selbst der dümmste Leser, der nur etwas Erinnerung an die geschichtlichen Vorgänge behalten hat, durchschaut die Absicht, die Widersprüche, die Heuchelei der gekränkten Unschuld.

Ich will nicht ungerecht sein: Das Buch ist durchaus lesbar, in der Übersetzung von Brian Connell gutgeschrieben und trotz der eintönigen Unschuldsbeteuerungen nur an wenigen Stellen langweilig. Es wird interessant sein, festzustellen, inwieweit die im Oktober erscheinende deutsche Ausgabe abgeändert sein wird. Weißwaschen vor dem deutschen Publikum erfordert eine andere Tünchemischung; die vorliegende Version ist augenfällig an die Angelsachsen, insbesondere an die Amerikaner gerichtet, und einzelne der dort vorgetragenen Behauptungen von Papens könnten ihm eventuell in gewissen deutschen Kreisen als "Dolchstöße" ausgelegt werden, wie etwa seine Kontakte mit den Alliierten gegen Ende des Krieges von der Türkei aus.

Typisch für Papens dumm-dreiste Entschuldigungstechnik ist die Begründung, die er für seinen Staatsstreich gegen Preußen am 20. Juli 1932

gibt, jenen Verfassungsbruch, der die Republik endgültig mordete und für Hitler den Weg freimachte. Ja, meint Herr von Papen auf Seite 189, man hatte ihm berichtet, der preußische Staatssekretär Abegg (ein Sozialdemokrat) hätte mit dem kommunistischen Abgeordneten Caspar verhandelt. Man denke nur! Dabei gibt Papen zu, daß er zu jener Zeit selbst dauernd mit den Nazis am Verhandeln war.

Warum Papen dem unwilligen Hindenburg den "böhmischen Gefreiten" Hitler als Kanzler aufschwatzte? Natürlich nur, um ihn unter guter (nämlich Herrn von Papens) Aufsicht "abwirtschaften" zu lassen. Osthilfeskandal? Reine Erfindung der Sozialdemokraten - den gab's gar nicht. (Seite 164-166).

Anständige deutsche Katholiken werden sich angewidert fühlen von dem frommen Faden, der sich durch das ganze Buch zieht. Da wird der Allmächtige angerufen, da werden immer wieder christliche Grundsätze als leitende Gesichtspunkte beteuert, so daß man beinahe die vielen Millionen Toten vergessen könnte, die die Machenschaften des Herrn von Papen in Deutschland und anderwärts kosteten. Doch aller Frömmigkeit zum Trotz kann er sich nicht einige giftige Seitenhiebe auf katholische Glaubensgenossen verkneifen - soweit reichen die christlichen Grundsätze nun doch nicht. So berichtet er z.B. auf S.164, wie spartanisch er sich bei der Übernahme der Kanzlerschaft seine Dienstwohnung eingerichtet hätte; nur zweiundvierzig Mark und fünfzig Pfennig hätte das gekostet. Im Gegensatz dazu, meint er, sei es doch wohl übertrieben, wenn Bundeskanzler Adenauer für die Herrichtung der Villa Schaumburg in Bonn 230000,- $\text{M}$  und für deren Garten weitere 160000,- $\text{M}$  ausgab.

An acht verschiedenen Stellen im Buch weint er Krokodilstränen wegen des "furchtbaren Schicksals" das die Juden unter den Nazis erlitten - als ob er das nicht vorher gewußt hätte, bevor er Hitler den Steigbügel hielt! Und selbstverständlich hätte er geholfen, wo er nur konnte. Dennoch kann er es sich nicht versagen, über einige amerikanische Bewachungsoffiziere und über einen Dr. Sachs vom Denazifizierungsausschuß jene antisemitischen Flegeleien hinzuschreiben, die gerade wegen ihrer halben Verschleierung so sehr viel übler sind, als die ungeschminkten, groben Nazipöbeleien. Dann wieder vergießt er Tränen über seine Mitarbeiter von Bose und Jung, die am 30. Juni 1934 im Laufe des Röhm-Blutbades von der SS ermordet wurden (S.322/4). Im Zusammenhang damit ist es bezeichnend, daß, wie der Sohn des Edgar Jung versicherte, Papen sich nach dem Mord überhaupt nie auch nur im geringsten um die Witwe und ihre Kinder gekümmert hat.

Soll man dem Leser die Lektüre dieses Buches empfehlen? Ich glaube ja. Die Lektüre dürfte wirksam die Bildung gerade der Legende verhindern, die beabsichtigt ist - der Legende von der Berufung der adeligen Herrenreiterklasse des Herrn Franz von Papen, die Geschichte des deutschen Volkes zu leiten.

### Die große Enttäuschung

Von unserem südwestdeutschen RGH-Korrespondenten

In den politischen Kreisen der Bundesrepublik war man gespannt auf die Abstimmung des Bundesrates in der Frage der Betriebsverfassung. Jedermann wußte, es wird auf die Stimmen des jüngsten Bundeslandes ankommen. Am meisten gespannt war man wohl in den Kreisen der badisch-württembergischen CDU und zum Teil auch bei der innerparteilichen Opposition der FDP. Denn das schien ein herrlicher Präzedenzfall zu werden, bei welchem, sofern ein Nein gesprochen würde, sofort alle Finger der staatspolitischen und parteipolitischen Gegner auf Reinhold Maier gedeutet und ein Chor ebenso entrüsteter wie befriedigter Barden unisono ausgerufen hätte: "Sehr ihr, da habt ihr's, wie die SPD in der badisch-württembergischen Regierung diktiert!" Es kam anders, zur großen Enttäuschung aller politisch zu kurz Gekommenen.

Die Neugier war nun groß, wie wohl die Landes-SPD ihre Haltung rechtfertigen werde. Sie tat es, und was der Landesvorstand bekundete, zeugte nicht etwa nur von staatspolitischer Klugheit, es war - was wichtiger ist - in der Sache durchaus richtig: "Was im Bundestag und was mit den Machtmitteln der Gewerkschaften nicht durchgesetzt werden kann, läßt sich nicht von den Ländern her reparieren, soweit die Länder Koalitionsregierungen haben, bei denen die Sozialdemokraten nur Teilhaber sind. Das ist ein Grundgesetz politischer Wirksamkeit, das manchmal vergessen wird". Der sozialdemokratische Arbeitsminister, der die Sache am nächsten anging, erklärte in einer Pressekonferenz, als man ihm zurief, er habe sich mit seiner Haltung in Gegensatz zu seiner Partei und den Gewerkschaften gestellt: "Ich bin vereidigt auf das Land Baden-Württemberg und nicht auf die SPD und die Gewerkschaften".

Das war ein Wort, das ihm zweifellos, ganz gleichgültig, wie man zur Problematik des Gesetzes selbst auch stehen mag, in allen Kreisen menschliche Hochachtung einbringen wird. Und daß seine Haltung aus sehr guten, klugen und verantwortungsbewußten Motiven stammt, dafür spricht eine ähnliche Äußerung, die er, noch vor dem Kabinettsbeschluß, bei einer gelegentlichen Werksbesichtigung in Villingen, aussprach: "Die Entscheidungen der Landesregierung werden nicht nach den verschiedenen Standpunkten der Parteien oder der Landesteile gefällt, sondern die

gesamte politische Linie wird gemeinschaftlich erarbeitet. Dies war bisher der Fall und hat sich auch bei der Stellungnahme zu einigen hundert Bundesratsvorlagen bewährt. Wir sind eine Landesregierung und kein Ableger irgendeiner Bundeskoalition".

So ist also der von der badisch-württembergischen Opposition so sehnlich erwartete Schuß nach hinten losgegangen und hat der Regierung zweifellos in den Kreisen ein Plus verschafft, die ihr bis jetzt mit abwartendem Mißtrauen gegenüberstanden. Das ist aus den Kommentaren vieler badischer und württembergischer Zeitungen recht deutlich zu ersehen.

Es wird freilich die Altbadener nicht hindern, weiter ihre alten Ziele zu verfolgen. Das bewies ihre Ende Juli in Offenburg stattgefundene Vertreterversammlung, der auch Altpräsident und Neubotschafter Leo Wohleb beiwohnte. Er werde, so versicherte er, auch von Lissabon aus dem Ländle weiter dienen. Der Karlsruher Rechtsanwalt Gönner erklärte, die Akten über den Fall Bader seien noch lange nicht geschlossen; dafür gebe es immer noch den Artikel 29 des Bonner Grundgesetzes. Auch Wohleb hob darauf ab: Dem Willensausdruck einer spontanen Volksbewegung - ein peinliches Wort! - werde man sich zu gegebener Zeit nicht verschließen können, sagte er wörtlich. Auch die berüchtigten badischen Schulden kamen auf's Tapet; selbstverständlich sei das eine ungerechte Diffamierung der südbadischen Regierung. Nun, die eingeleitete Untersuchung wird ja zeigen, was Wahres oder Unrichtiges daran ist. Aber bezahlt werden müssen die über hundert Millionen, und wer sie zu bezahlen hat, wird wie immer das Volk von Baden-Württemberg sein.

+ + +